Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 9

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Altes Diktat mit neuem Bückling

In einem Memorandum an Adenauer erklärte Chruschtschew seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik über den Friedensvertrag mit Deutschland. Aber die sowjetischen Bedingungen bleiben die gleichen: Separate Behandlung dieser Frage von jener der Wiedervereinigung, Aufnahme einer «Freien Stadt Westberlin» in den Vertragstext, Unveränderlichkeit der nach dem Krieg festgelegten Grenzen und somit Anerkennung der DDR. Gleich bleibt auch die Drohung eines gesonderten Friedensvertrages der Sowjetunion und ihrer Satelliten mit Pankow, falls Bonn in seiner «negativen Einstellung» verharre. Der sowjetische Wille, «beliebige konstruktive Vorschläge» der Bundesrepublik zu erörtern, lässt praktisch nur jene Vorschläge zu, die sich mit den Forderungen des Kremls decken.

Adenauer hat das Schreiben unterdessen bereits als unannehmbar bezeichnet.

Kenyas Parlament

Kenya hat auf seinem Weg von der britischen Kolonie zur unabhängigen Republik durch die Februarwahlen erstmals sein unter der neuen Verfassung vollständig gewähltes Parlament erhalten. Der Wahlkampf, der letzten Herbst in blutigen Handgemengen seinen Auftakt genommen hatte, fand seinen recht disziplinierten Abschluss ohne grosse Zwischenfälle. Die Kenya African National Union (KANU), die in letzter Zeit recht verständig auftretende nationalistische Gruppe mit Mboya an der Spitze, errang am meisten Sitze vor der Kenya African Democratic Union (KADU).

Graue Eminenz bleibt der noch in Verbannung lebende ehemalige Mau-Mau-Führer Kenyatta (siehe Curriculum), der nicht zuletzt von der KANU als starker Wahltrumpf ausgespielt wurde. Nicht zu übersehen ist, dass Kenyatta und mit ihm die ganze stammesbezogene Mau-Mau-Bewegung recht stark als Kolonialistenschreck aufgezogen wird. Allgemein tendiert die afrikanische Bewegung von den Stammesüberlieferungen weg auf Neuorganisation nach sozialen Gesichtspunkten, und auch das in dieser Hinsicht traditionsgebundene Kenya wird diese Entwicklung nicht umgehen. Die gefürchtete Mau-Mau-Renaissance dürfte mehr eine Schlagzeile als eine Realität sein, und vielleicht hat Kenya seine schlimmste Umbruchkrise bereits überstanden und kann im Rahmen der im grossen und ganzen immerhin relativ harmonisch verlaufenen ostafrikanischen Entwicklung zu seinem gesunden Fortschritt kommen.

Die Gefahr liegt heute weniger bei Stammesunruhen, als bei sozialer Unzufriedenheit, der man den Boden entziehen muss, und ideologischer Wühlbarkeit, der man zu begegnen hat. Sonst aber dient gerade das «blutige Kenya» als Beispiel dafür, dass man auch bei scheinbar zerfahrenen Situationen für die Entwicklung der jungen Völker Zuversicht hegen kann.

Paris – Tunis – Algier

Beschleunigt haben sich in der letzten Woche die Bemühungen um eine Lösung der Algerienfrage. Der tunesische Präsident Burgiba, dessen Hauptstadt auch Sitz der algerischen Exilregierung Ferhat Abbas ist, traf sich in Paris mit de Gaulle und scheint zwischen dem FLN und Frankreich tatkräftig vermitteln zu wollen.

Mit der Thronbesteigung Hassans II. in Rabat kann sich auch das steife Verhältnis zwischen Marokko und Tunesien ändern und ein besseres aussenpolitisches Zusammenwirken in Nordafrika zur Folge haben, wenn auch latente innenpolitische Spannungen im Königreich nach dem Ableben Mohammed V. akuter werden dürften.

In Zürich traf Burgiba dann mit Ben Jussef zusammen, seinem politischen Gegenspieler, den er 1957 in einem Abwesenheitsverfahren zum Tode hatte verurteilen lassen. Ben Jussef hatte seinerzeit in der Unabhängigkeitsbewegung die schärfere Linie gegen Frankreich vertreten, und war darin von Kairo unterstützt worden. Die Zürcher Begegnung könnte im Zeichen einer verbesserten Atmosphäre zwischen der VAR und Tunesien stehen, die möglicherweise die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen wollen.

Was der FLN will

Aus Kreisen der provisorischen algerischen Regierung in Kairo verlautete, in Rom hätten geheime Verhandlungen zwischen Delegierten de Gaulles und des FLN stattgefunden. Die Meinungsverschiedenheiten seien allerdings nicht behoben worden. Die Ansichten der Abbas-Regierung deckten sich auch nicht mit jenen Tunesiens und Marokkos. Doch seien die Besprechungen mit dem Eingreifen Burgibas in die Verhandlungen vor dem drohenden Scheitern gerettet worden.

Die FLN-Vertretung fasse folgende Möglichkeiten in Aussicht: Wenn de Gaulle die Unabhängigkeit Algeriens rückhaltlos anerkenne, könne ein Waffenstillstand vereinbart und in dieser Zeit die zukünftigen Beziehungen mit Frankreich besprochen werden. Andernfalls könnten sofortige Verhandlungen mit Frankreich über das zukünftige Statut Algeriens geführt werden. In diesem Fall würden allerdings die militärischen Operationen bis zum Zustandekommen einer Einigung weitergeführt werden. (Bisher hat sich de Gaulle immer geweigert, über die Gestaltung des Landes mit einem kämpfenden FLN offiziell zu verhandeln. Die Unabhängigkeitsanerkennung macht er von einer Volksbefragung ohne möglichen Druck der provisorischen Regierung abhängig.)

Ersichtlich ist jedenfalls, dass schwere Divergenzen nach wie vor bestehen, dass aber der Verhandlungswille auf beiden Seiten stärker geworden ist.

Kongo-Konferenz

Die ursprünglich in Genf anberaumte und anschliessend nach Tananarive auf Madagaskar verlegte Konferenz ist dieser Tage zusammengetreten. Die kongolesische Delegation steht unter der Leitung des Ministerpräsidenten Ileo. Ihr gehören insgesamt 26 Personen an. Der Präsident des Staates Katanga, Tschombe, und der Präsident des Montanstaates Süd-Kasai, Kalonji, sind bereits am vergangenen Samstag in Tananarive eingetroffen, während der kongolesische Staatspräsident Kasavubu am Montag startete. Allgemein ist man auf die Beschlüsse der kongolesischen «Gipfelkonferenz» auf Madagaskar gespannt.

Die Beratende Kongokommission der UN hatte sich in den letzten Tagen mit einer wahren Flut von Dokumenten zu befassen, und auch verschiedene Schreiben versandt. In einer Note an Belgien führt Hammarskjöld eine besonders scharfe Sprache. Er verlangt darin unter Zurückweisung belgischer Einwände in kürzester Frist die bedingungslose Annahme der Resolution des Sicherheitsrates, die den Vorrang vor allen Vereinbarungen Belgiens mit dem Kongo habe. Auch in einer Note an Kasavubu wird die Entfernung der Belgier verlangt. Kürzliche Angriffe in Banana auf sudanesische UN-Soldaten werden streng verurteilt und betont, dass Disziplin und ein gutes Verhältnis zur Uno-Truppe nötig seien, wenn ernste Zwischenfälle vermieden werden sollen.

Liberia und Indien stellten neue Kontingente für die Uno-Truppen, und Indien gab bekannt, dass es einer Anregung der VAR und einiger anderer Länder, die Regierung Gizenga in Stanleyville anzuerkennen, keine Folge leisten werde.

Zu neuen Schiessereien ist es indessen in Matadi, 200 km südwestlich von Léopoldville, zwischen Soldaten der nationalen kongolesischen Armee und solchen der sudanesischen Uno-Truppen gekommen.

Schwere D-Mark

Die Bundesrepublik Deutschland hat vom 6. März an den Kurs der D-Mark um 4,76 Prozent erhöht. Das bedeutet, dass der Dollar jetzt 4 D-Mark kostet, statt 4.20 DM wie bisher. Im gleichen Verhältnis steigt der Wert der D-Mark gegenüber den anderen Währungen. Wirtschaftsminister Prof Erhard erklärte dazu u. a., dass der Aufwertungsbeschluss nicht unter amerikanischer Einflussnahme erfolgt sei. Er glaubt auch nicht, dass der deutsche Export durch diese Massnahme stark betroffen werde.

Die niederländische Regierung hat beschlossen, den Gulden entsprechend der Aufwertung der D-Mark ebenfalls aufzuwerten.

Sowjet-Angebote

Nach einem Besuch, den der sowjetische Erste Vizeministerpräsident Kossygin Indien abgestattet hat, wurde in Delhi ein Communiqué herausgegeben, in welchem die indische Regierung ihrer Genugtuung darüber Ausdruck verleiht, dass sie mit Kossygin die langfristigen indischen Pläne besprechen konnte. Kossygin erklärte bei dieser Gelegenheit, die UdSSR wäre bereit, Indien beizustehen, um die Produktion des mit sowjetischer Hilfe erbauten Stahlwerkes in Bhilai im Lauf der nächsten fünf Jahre auf 2,5 Millionen Tonnen zu erhöhen.

Fast gleichzeitig wurde in Karachi ein sowjetisch-pakistanisches Abkommen unterzeichnet, wonach die UdSSR Pakistan zirka 30 Millionen Dollar leihen werde. (Siehe auch «Indien im sowjetischen Interessenbereich» Seite 5 der heutigen Nummer.)

Am Rande ...

Die Kommunistische Partei der UdSSR hat den Entwurf einer neuen sowjetischen Staatsverfassung veröffentlicht, die Chruschtschew dem Parteikongress vom kommenden Oktober unterbreiten will. Einer der Hauptpunkte soll die Doktrin der «friedlichen Koexistenz» sein und als «wissenschaftliches Prinzip» der marxistisch-leninistischen Theorie darin aufgenommen werden.

Redaktionsschluss: 6. März 1961.